

Deutschland mit dem Grundlagenvertrag die Substanz weiter ausgebaut haben, um die deutsch-polnischen Beziehungen positiv zu gestalten. Ich finde, dass sich in der Zusammenarbeit beider Staaten genau diese Selbstverständlichkeit widerspiegelt. Und darüber bin ich froh.

Meine Damen und Herren, zu kaum einem anderen Land hat Deutschland so intensive Kontakte aufgebaut wie zur Republik Polen. Dazu hat Brandenburg einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet und wird ihn weiter leisten. Wir konnten in dem Bericht nicht die gesamte Vielfalt der Beziehungen aufnehmen. Es waren auch nur Schwerpunktthemen nachgefragt. Aber allein die Benennung der Schwerpunktthemen, meine Damen und Herren, macht deutlich, welche Breite die Kontakte erreicht haben. Das geht vom Katastrophenschutz bis hin zum Tourismus, von der Wissenschaft bis hin zum Arbeitsmarkt. Auf diesen Gebieten gibt es intensive Beziehungen zwischen dem Land Brandenburg und den angrenzenden polnischen Woiwodschaften. Eine gute Nachbarschaft ist nicht selbstverständlich, das Bemühen ist ständige Aufgabe.

Meine Damen und Herren, ich bin froh über die gemeinsame Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Gestern ist in dieser gemeinsamen Erklärung noch einmal eindrucksvoll dokumentiert worden, dass die Politik beider Länder den festen Willen hat, diese guten Beziehungen weiter auszubauen, um sie zu einer tragenden Säule auch innerhalb Europas zu machen.

Meine Damen und Herren, Brandenburg hat daran einen wesentlichen Anteil. In der Erklärung werden unter anderem auch die Brandenburger Projekte genannt, die dazu geführt haben, dass wir heute von einer guten deutsch-polnischen Nachbarschaft sprechen können.

War in den letzten Jahren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der bedeutendste Schwerpunkt in den Beziehungen zu Polen - eine Verstärkung wird nach wie vor als Aufgabe angesehen -, so sollten wir uns in Zukunft gemeinsam, gerade auch als Hauptstadtregion, den Themen, die in unserem gemeinsamem Interesse liegen, und den Problemen, deren Lösung im Verbund sinnvoll und erfolgversprechend ist, widmen. Dabei ist die Oderpartnerschaft ein wichtiger Rahmen, den es weiter auszufüllen gilt.

Ein guter Anfang ist mit dem bisher Erreichten gemacht worden, insbesondere bei der Schaffung von Grundlagen im Bereich der Infrastruktur und, nunmehr beginnend, in den Bereichen Wissenschaft und Tourismus. Gerade die Verkehrsanbindungen sind ein bedeutendes Thema. Damit haben sich die deutsch-polnische Regierungskommission und auch eine neue Initiative der Oderpartnerschaft, der „Runde Tisch Verkehr“, befasst. Insbesondere bei den Schienenanbindungen gilt es verschiedenste Interessen abzuwägen und in Bewegung zu bringen: die Interessen der Deutschen Bahn AG, des Bundes und der anderen Länder, aber auch die des polnischen Infrastrukturministeriums und der Polnischen Staatsbahn. Sie alle wissen, dass es für Brandenburg nach wie vor eine große Aufgabe ist, den Ausbau der Verkehrswege nach Osten, das heißt über die Oder, voranzubringen.

An dieser Stelle muss ich deutlich sagen, dass es insoweit durchaus Interessenunterschiede gibt. Die polnische Zentralregierung hat großes Interesse am Ausbau des Ost-West-Korridor

dors, ausgehend von Danzig. Das ist nachvollziehbar, das liegt im polnischen Interesse. Wir haben selbstverständlich Interesse daran, neben diesem Korridor auch unseren Ost-West-Korridor über die Oder verstärkt in den Fokus zu nehmen.

Ich finde, dass wir mit unseren bisherigen Aktivitäten, die gemeinsam mit den an Deutschland grenzenden Woiwodschaften stattfanden, unseren Willen zu enger Zusammenarbeit betont haben. Wir sind auf einem guten Weg, den Ausgleich der unterschiedlichen Interessenlagen zu einem für uns gemeinsam günstigen Abschluss zu bringen.

Meine Damen und Herren! Wichtige Vorhaben, beispielsweise die Abstimmungen zur Kohäsionspolitik, zur zukünftigen Gestaltung der INTERREG-Programme und die Unterstützung von Polens EU-Ratspräsidentschaft, stehen auf unserer Agenda. Kürzlich fand in Szczecin unter brandenburgischer Beteiligung das 7. Selbstverwaltungsforum statt. In der nächsten Woche wird der Ministerpräsident an der Konferenz zur „Europadebatte Brandenburg - Lubuskie“ teilnehmen. Dort, wo wir können, nehmen wir die Gelegenheit zum Gespräch und zur Abstimmung mit unseren polnischen Kollegen wahr.

Die Zusammenarbeit bezieht sich auch auf die Umweltpolitik. Ich darf an die Hochwasserkonferenz in Potsdam mit bilateraler Beteiligung - neben Polen war auch Tschechien vertreten - erinnern. Gerade an der Oder zeigt sich, dass Hochwasser auf politische Grenzen keine Rücksicht nimmt.

Nicht zuletzt sind es die Begegnungen und gemeinsamen Erlebnisse von Bürgerinnen und Bürgern zu beiden Seiten der Oder, die den Erfolg der Politik ausmachen. So freue ich mich, zu Beginn der polnischen Ratspräsidentschaft am 1. Juli ein gemeinsames Europakonzert von deutschen und polnischen Musikschulen in Gubin unterstützen zu können.

Es bleibt noch viel zu tun, aber ich meine, wir können durchaus mit Stolz auf das Erreichte zurückblicken. Die Herstellung der Selbstverständlichkeit guter Kontakte zwischen beiden Staaten ist eine ständige Herausforderung, der wir uns politisch stellen; wir wollen das auch. Wir haben alle Voraussetzungen, diese Selbstverständlichkeit mit Leben zu füllen.

Meine Damen und Herren! Ich bin froh über den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen. Darin wird - wie auch in dem Bericht - deutlich, mit welcher politischen Schwerpunktsetzung wir weiter verfahren wollen. Ich darf Ihnen versichern: Wir werden im Jahr der EU-Ratspräsidentschaft Polens die Zusammenarbeit weiter vertiefen. Auch in Vorbereitung der 2014 beginnenden neuen Strukturfondsperiode werden wir versuchen, gemeinsame Interessenlagen zu definieren. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Richstein setzt für die CDU-Fraktion fort.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, es mag Sie verwundern, dass ich an dem Bericht gar nicht so viel Kritik übe. Im Gegenteil, ich danke Ihnen und vor allem der Arbeitsebene Ihres Hauses ausdrücklich für den Fleiß, mit dem Sie Beispiele für die vielfältige Zusammenar-

beit zwischen Brandenburg und Polen zusammengetragen haben. Angesichts dessen sehe ich darüber hinweg, dass der Bericht schon zur Sitzung im Mai 2011 hätte vorliegen sollen.

Drei Kritikpunkte möchte ich vortragen.

Erstens. Ein bisschen eitel ist der Landtag auch. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr gute Arbeit geleistet, was die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betrifft. Das wird in dem Bericht leider nicht erwähnt.

Zweitens. Ich finde es bedauerlich, dass Sie die Euroregionen, die wir gern als starke Akteure innerhalb der Oderpartnerschaft gesehen hätten, lediglich als wichtige Partner in allen Fragen der INTERREG-A-Programme sehen und sie nicht stärker in die Partnerschaft einbinden. Letztlich sind sie es, die von unten nach oben die tagtägliche grenzüberschreitende deutsch-polnische Zusammenarbeit gestalten und leben.

Dritter Kritikpunkt: Die allgemeinen Schlussfolgerungen für die Zukunft sind - leider - zu allgemein gehalten. Ich hätte mir gewünscht, dass in den Bericht, ähnlich wie in das Programm der Zusammenarbeit anlässlich des 20. Jahrestages des Nachbarschaftsvertrages, das die Bundesregierung und die polnische Regierung vereinbart haben, konkrete Maßnahmen aufgenommen wären.

Es wurde schon erwähnt: Wir begehen den 20. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages, unterzeichnet von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher. Ich sage ausdrücklich, dass wir zum Grenzvertrag, zum Nachbarschaftsvertrag und zur engen deutsch-polnischen Zusammenarbeit stehen. Das gilt, auch wenn wir den Entschließungsantrag der Regierungsfractionen ablehnen. Ich hätte noch darüber hinweggesehen, dass wieder nur Allgemeinplätze aufgeführt werden, die schon in den vorherigen Anträgen zu finden waren. Ich frage mich, warum die Regierungsfractionen im Januar 2010, im Januar 2011 und im Juni 2011 die Landesregierung ein bisschen vor sich hertreiben. Es sind immer die gleichen Ansätze, die Sie bringen. Wenn Sie Ihrer Rolle gerecht werden wollen, dann stellen sie konkrete Forderungen auf, und kontrollieren Sie anschließend auch, ob sie erfüllt worden sind!

Eines hat mich aber wirklich auf die Palme gebracht - das ist der Grund, warum wir als CDU Fraktion Ihrem Entschließungsantrag nicht zustimmen können -: Ihr Verständnis von Europa und von geschichtlicher Verantwortung. Wir haben heute Morgen Herrn Botschafter Grinin gehört. Er hat ange mahnt, im Umgang mit der Geschichte ehrlich zu sein, das heißt, eine ehrliche Analyse der Geschehnisse und ihrer Folgen vorzunehmen. Angesichts dessen ist es für mich eine unzulässige Verengung, wenn Sie formulieren:

„... Wahrnehmung von Verantwortung für die Vergangenheit und Mahnung vor den Gefahren von Faschismus und Krieg.“

Wir haben auch eine Verantwortung für die Warnung vor den Gefahren des Kommunismus, ohne dass ich beides gleichsetzen möchte; das will ich ausdrücklich sagen.

(Beifall CDU und FDP)

Sie schreiben in Ihrem Entschließungsantrag weiter:

„Deutschland muss Vorreiter der Versöhnung und Verständigung mit seinen östlichen und südöstlichen Nachbarn ... sein.“

Das ist richtig. Aber wir müssen ebenso Vorreiter der Versöhnung und Verständigung mit all unseren Nachbarn sein, mit all den Völkern und Nationen, über die wir Leid gebracht haben. Ich verstehe nicht, warum Sie in Ihrem Entschließungsantrag „Europa“ plötzlich in Anführungszeichen setzen. Was ist das „weitgehend unbekannte 'Europa'“, wie Sie es beschreiben? Wenn Sie Ost-, Südost- und Mitteleuropa meinen, dann sind das doch genau die Länder, die den Brandenburgern etwas näherliegen könnten. Wir werden Ihren Entschließungsantrag daher ablehnen.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich mich sehr darüber freue, dass am 1. Juli die polnische Ratspräsidentschaft beginnen kann. Wir sind starke Partner auf Augenhöhe. Die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk gibt mir Hoffnung, dass diese starke Partnerschaft auch in Zukunft funktionieren wird. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Hackenschmidt setzt für die SPD-Fraktion fort.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Richstein, auch ich bedaure es, dass wir uns nicht auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag einigen konnten; damit hätten wir den breiten Konsens zu diesem Thema noch einmal verdeutlichen können. Ich hätte es mir gewünscht. Wir haben es versucht; aber gut, so ist das nun mal im parlamentarischen Geschehen. Der Versuch ist es allemal wert gewesen, und ich denke, wir machen unser Anliegen dadurch deutlich, dass gerade der Europaausschuss am nächsten Montag für drei Tage nach Breslau fährt, um die Inhalte dieses Berichts sowie ein deutliches Bekenntnis aller Fraktionen zu diesem Antrag zu transportieren.

Ich denke schon, dass der Bericht wichtig ist. Über Inhalte kann man sich streiten, es ist manchmal schwierig, diese ganzen konkreten Aspekte explizit zu messen und aufzuführen. Ich bin mit Ihnen einer Meinung, wenn Sie sagen, das gute Zusammenspiel von Angela Merkel und Donald Tusk sei ein Garant. Alle hier im Raum haben bereits Erfahrungen mit polnischen Würden- und Mandatsträgerschaften gemacht, und dies ist nicht ganz so einfach.

Der große Prozess, der auch Grundlage für unser gutes Verhältnis ist, das der Bericht widerspiegelt, ist für mich - auch aus politischer Überzeugung - der Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970. Ohne Worte ging ein Bild um die Welt, das eindeutig die Demut und die Entschuldigung manifestiert hat. Das war für mich der Grundstein für eine gute Partnerschaft. Ich kann gar nicht genug Worte der Entschuldigung für das diesen Menschen zugefügte Leid finden. Das ist meine feste politische Überzeugung, die mich trägt, deshalb hängt dieses Bild auch bei mir im Büro, und ich denke, das ist der Beginn einer wirklich deutlich gelebten deutsch-polnischen Partnerschaft und Freundschaft.

(Beifall des Abgeordneten Folgart [SPD])

Unabhängig von den Regionen Brandenburgs an der polnischen Grenze, die natürlich als Nachbarn auch eine größere